

**Verordnung  
über die stationäre und ambulante Langzeitpflege  
(Langzeitpflege-Verordnung, LpfV)**

Vom 1. Juni 2004 (Stand 1. Januar 2015)

---

*Der Regierungsrat des Kantons Zug,*

gestützt auf § 47 Abs. 1 Bst. d der Kantonsverfassung<sup>1)</sup>, § 10 Abs. 4 des Spitalgesetzes vom 29. Oktober 1998<sup>2)</sup> sowie auf § 3 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 29. Februar 1996<sup>3)</sup>, \*

*beschliesst:*

**1. Stationäre Langzeitpflege**

**§ 1** Pflegeversorgung

<sup>1</sup> Die Gemeinden stellen die notwendige stationäre Pflegeversorgung nach Massgabe der vom Regierungsrat erlassenen kantonalen Pflegeheimliste sicher. \*

<sup>2</sup> Die Gesundheitsdirektion sorgt für die der Pflegeheimliste zugrunde liegende bedarfsgerechte Planung. Sie hört dabei namentlich die Gemeinden und die Institutionen der stationären Langzeitpflege an.

<sup>3</sup> Leistungen aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KVG)<sup>4)</sup> können nur im Rahmen der kantonalen Bedarfsplanung (Pflegeheimliste) geltend gemacht werden.

**§ 2 \*** ...

---

<sup>1)</sup> BGS [111.1](#)

<sup>2)</sup> BGS [826.11](#)

<sup>3)</sup> BGS [842.1](#)

<sup>4)</sup> SR [832.10](#)

**§ 2a \*** Stationäre Akut- und Übergangspflege

<sup>1</sup> Institutionen der stationären Langzeitpflege, welche Akut- und Übergangspflege im Sinne von Art. 25a Abs. 1 KVG<sup>5)</sup> anbieten, benötigen einen Leistungsauftrag der Gemeinden. \*

<sup>2</sup> ... \*

**§ 3** Rahmentarif – Tarifvereinbarung

<sup>1</sup> Für die Vergütung der stationären Langzeitpflege vereinbaren die Gemeinden mit den Institutionen der stationären Langzeitpflege (Vertragsparteien) Tagespauschalen (Pflegetaxe, Pensionstaxe und Betreuungstaxe).

<sup>2</sup> Die Pauschalen decken für Kantonseinwohnerinnen und Kantonseinwohner die nach Spitalgesetz und dieser Verordnung anrechenbaren Kosten je Bewohnerin und Bewohner. Die Kosten werden bei Vertragsabschluss ermittelt.

<sup>3</sup> ... \*

**§ 4** Rahmentarif – Genehmigungsverfahren

<sup>1</sup> Die Institutionen der stationären Langzeitpflege reichen der Gesundheitsdirektion jeweils bis Ende Oktober die vereinbarten Tagespauschalen mit den für das kommende Jahr veranschlagten Tarifen für die Bewohnerinnen und Bewohner ein, gegliedert nach Pflegetaxen, Betreuungstaxen und Pensionstaxen, zusammen mit einem sachgerechten Nachweis dieser Kosten.

<sup>2</sup> Als Nachweis für die Kosten ist eine KVG-konforme Kostenstellenrechnung verlangt.

<sup>3</sup> ... \*

**§ 5** Rahmentarif – Tarifschutz \*

<sup>1</sup> Die Institutionen der Langzeitpflege müssen sich an die vertraglich und behördlich festgelegten Tarife und Preise halten und dürfen für Leistungen nach dieser Verordnung namentlich den Bewohnerinnen und Bewohnern keine weitergehende Vergütungen berechnen (Tarifschutz). \*

<sup>2</sup> ... \*

---

<sup>5)</sup> SR [832.10](#)

## § 6 Rahmentarif – Pfl egetaxe \*

<sup>1</sup> Die Pfl egetaxe bemisst sich abgestuft nach dem Pfl egebedarf und umfasst die Kosten f#r Pflichtleistungen nach Art. 7 der Krankenpfl ege-Leistungsverordnung (KLV)<sup>1)</sup>, soweit diese nicht bereits durch die Beitr#ge der Krankenversicherer im Rahmen der obligatorischen Krankenpfl egeversicherung (KVG)<sup>2)</sup> gedeckt werden (ungeddeckte Pfl egekosten). \*

<sup>2</sup> ... \*

<sup>3</sup> ... \*

## § 7 Rahmentarif – Pensionstaxe

<sup>1</sup> Die Pensionstaxe umfasst die Kosten f#r die Unterkunft mit komplettem Pfl egebett, Nachttisch Kleiderschrank und sachgerechter Nasszone (inkl. Bett- und Toilettenw#sche), f#r die Vollpension (inkl. alkoholfreiem Getr#nk, verordneter Di#t, Getr#nk am Vor- und Nachmittag), f#r die Besorgung der pers#nlichen W#sche (ohne Spezialreinigung wie z. B. chemische Reinigung) durch das Heim, f#r die Zimmerreinigung, f#r Heizung, Wasser, Strom und Kabelnetzanschluss f#r Radio und Fernsehen (exkl. Konzession), f#r die Teilnahme an Anl#ssen und kulturellen Veranstaltungen, welche im Heim angeboten werden. \*

<sup>2</sup> ... \*

<sup>3</sup> ... \*

## § 8 Rahmentarif – Betreuungstaxe und Kosten f#r Zusatzleistungen

<sup>1</sup> Die Betreuungstaxe umfasst die Kosten f#r die Hilfe- und Betreuungsleistungen, die infolge Alter, Invalidit#t, Unfall oder Krankheit notwendig sind und keine KVG-Leistungen darstellen.

<sup>2</sup> Die Betreuungstaxen k#nnen den Bewohnerinnen und Bewohnern verrechnet werden.

<sup>3</sup> Zus#tzliche von den Bewohnerinnen und Bewohnern gew#nschte Pensions- und Betreuungsleistungen wie Zimmerservice, Spezialkost, Wellness, Ausfl#ge etc. k#nnen diesen nach Aufwand (Gestehungskosten und Zeitaufwand, h#chstens aber zu Marktpreisen) separat in Rechnung gestellt werden.

---

<sup>1)</sup> SR [832.112.31](#)

<sup>2)</sup> SR [832.10](#)

**§ 8a \*** Rahmentarif – Rechnung

<sup>1</sup> Die Institutionen der Langzeitpflege stellen den Schuldern detaillierte, nach Kostenträgern und Tarifpositionen (Pflegetaxe, Pensionstaxe und Betreuungstaxe) gegliederte und verständliche Rechnungen zu. Sie machen darin alle Angaben, die benötigt werden, um die Berechnung der Vergütung überprüfen zu können.

**§ 9 \*** ...

**§ 10 \*** ...

**§ 11 \*** ...

**2. Ambulante Langzeitpflege**

**§ 12** Spitalexterne Gesundheits- und Krankenpflege

<sup>1</sup> Der ambulante Bereich der Langzeitpflege umfasst die spitalexterne Gesundheits- und Krankenpflege zu Hause sowie in Tages- und Nachtstrukturen im Sinne von Art. 25a Abs. 1 KVG<sup>1)</sup>. \*

<sup>2</sup> Die Gemeinden sind für die Sicherstellung der Versorgung zuständig; sie erteilen diesen Diensten je nach Bedarf entsprechende Leistungsaufträge.

**§ 12a \*** Tarifvereinbarung

<sup>1</sup> Für die Vergütung vereinbaren die Gemeinden mit den Leistungserbringern Pflegepauschalen. Sie umfassen die Kosten für Pflichtleistungen gemäss Art. 7 ff. KLV<sup>2)</sup> pro Stunde. Bei fehlender Einigung legt der Regierungsrat die Pauschalen fest.

<sup>2</sup> Die Pauschalen decken die vollen Kosten der darin enthaltenen Leistungen nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Billigkeit. Darin eingeschlossen sind die Kosten für Personalverwaltung, Weiterbildung, Statistik, Berichterstattung, Abrechnung und Rechnungstellung, EDV und Abschreibungen.

---

<sup>1)</sup> SR [832.10](#)

<sup>2)</sup> SR [832.112.31](#)

<sup>3</sup> Die vertraglich oder behördlich festgelegten Pflegepauschalen gelten auch für alle im Kanton zugelassenen Leistungserbringer der ambulanten Langzeitpflege ohne Leistungsauftrag. Davon nicht betroffen sind vereinbarte gemeinwirtschaftliche Leistungen.

**§ 12b \*** ...

**§ 12c \*** Rechnung

<sup>1</sup> Die Leistungserbringer stellen den Schuldnern detaillierte und verständliche Rechnungen zu. Sie machen darin alle Angaben, die benötigt werden, um die Berechnung der Vergütung überprüfen zu können.

**§ 12d \*** Ambulante Akut- und Übergangspflege

<sup>1</sup> Die Bestimmungen über die stationäre Akut- und Übergangspflege (§ 2a) finden sinngemäss Anwendung.

### **3. Statistik und Rechnungsführung**

**§ 13** Organisation

<sup>1</sup> Die Gesundheitsdirektion erstellt einen Gesamtüberblick über das vollständige Angebot, die Leistungen und die finanziellen Ergebnisse.

<sup>2</sup> Sie kann externen Stellen den Auftrag erteilen, die Daten zu erheben und auszuwerten. Die Institutionen der stationären und ambulanten Langzeitpflege liefern unentgeltlich pro Semester die nötigen betrieblichen, administrativen, medizinischen und finanziellen Daten nach Vorgaben der Gesundheitsdirektion und des Bundesamtes für Statistik. Bestehen für die gleiche Institution unterschiedliche Leistungsaufträge, so hat diese getrennte Rechnungen und Statistiken zu führen.

<sup>3</sup> Die Gesundheitsdirektion gibt den Gemeinden und Leistungserbringern sowie deren Verband über die Ergebnisse regelmässig Auskunft. Sie bestimmt die Publikationsart der Auswertungen und den Empfängerkreis.

#### 4. Schlussbestimmungen

##### § 14 Übergangsbestimmung

<sup>1</sup> Innert einem Jahr nach Eintritt der Rechtskraft dieser Verordnung haben alle bisherigen Betriebe, die der Bewilligungspflicht gemäss § 9 dieser Verordnung unterliegen, um Erteilung einer Bewilligung nachzusuchen.

<sup>2</sup> Innerhalb von drei Jahren vor Inkrafttreten dieser Verordnung bereits erteilte Bewilligungen werden nach Einreichung der vollständigen Unterlagen automatisch erneuert.

##### § 14a \* Übergangsbestimmung zur Änderung vom 29. Juni 2010

<sup>1</sup> Die bei Inkrafttreten dieser Änderung geltenden Tarife und Tarifverträge sind innert eines Jahres an die vom Bundesrat festgelegten Beiträge an die Pflegeleistungen anzugleichen.

##### § 14b \* Übergangsbestimmung zur Anpassung an die Änderung des Spitalgesetzes<sup>1)</sup> vom 29. September 2011

<sup>1</sup> Die aufgehobene Verordnung über Investitionsbeiträge an die öffentlich subventionierten Spitäler und Pflegeheime mit regionalem Leistungsprogramm<sup>2)</sup> bleibt noch anwendbar auf Gesuche um Projektgenehmigung und Beitragszusicherung an bauliche Investitionen von Pflegeheimen mit regionalem Leistungsprogramm gemäss der Übergangsbestimmung von § 11a Abs. 5 Spitalgesetz<sup>3)</sup>.

<sup>2</sup> Für die Sicherung von Investitionsbeiträgen gemäss Abs. 1 und deren Rückerstattung bei Zweckentfremdung oder Veräusserung gilt die Verordnung über die Sicherung und Rückerstattung von Investitionsbeiträgen an Dritte<sup>4)</sup>.

##### § 15 Inkrafttreten

<sup>1</sup> Diese Verordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.<sup>5)</sup>

<sup>2</sup> Die Bestimmungen über den Rahmentarif (§§ 3 – 8) treten am 1. Januar 2005 in Kraft.

---

<sup>1)</sup> BGS [826.11](#)

<sup>2)</sup> BGS [826.117](#)

<sup>3)</sup> BGS [826.11](#)

<sup>4)</sup> BGS [611.35](#)

<sup>5)</sup> Inkrafttreten am 5. Juni 2004

## Änderungstabelle - Nach Beschluss

<b>Beschluss</b>	<b>Inkrafttreten</b>	<b>Element</b>	<b>Änderung</b>	<b>GS Fundstelle</b>
01.06.2004	05.06.2004	Erllass	Erstfassung	GS 28, 101
29.06.2010	01.01.2011	Ingress	geändert	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 2a	eingefügt	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 3 Abs. 3	eingefügt	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 4 Abs. 3	geändert	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 5 Abs. 1	geändert	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 6 Abs. 3	eingefügt	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 7 Abs. 1	geändert	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 8a	eingefügt	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 12 Abs. 1	geändert	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 12a	eingefügt	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 12b	eingefügt	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 12c	eingefügt	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 12d	eingefügt	GS 30, 521
29.06.2010	01.01.2011	§ 14a	eingefügt	GS 30, 521
16.12.2014	01.01.2015	Ingress	geändert	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 1 Abs. 1	geändert	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 2	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 2a Abs. 1	geändert	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 2a Abs. 2	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 3 Abs. 3	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 4 Abs. 3	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 5	Titel geändert	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 5 Abs. 2	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 6	Titel geändert	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 6 Abs. 2	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 6 Abs. 3	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 7 Abs. 2	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 7 Abs. 3	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 9	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 10	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 11	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 12b	aufgehoben	GS 2014/070
16.12.2014	01.01.2015	§ 14b	eingefügt	GS 2014/070

## Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	GS Fundstelle
Erlass	01.06.2004	05.06.2004	Erstfassung	GS 28, 101
Ingress	29.06.2010	01.01.2011	geändert	GS 30, 521
Ingress	16.12.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014/070
§ 1 Abs. 1	16.12.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014/070
§ 2	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 2a	29.06.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 30, 521
§ 2a Abs. 1	16.12.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014/070
§ 2a Abs. 2	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 3 Abs. 3	29.06.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 30, 521
§ 3 Abs. 3	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 4 Abs. 3	29.06.2010	01.01.2011	geändert	GS 30, 521
§ 4 Abs. 3	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 5	16.12.2014	01.01.2015	Titel geändert	GS 2014/070
§ 5 Abs. 1	29.06.2010	01.01.2011	geändert	GS 30, 521
§ 5 Abs. 2	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 6	16.12.2014	01.01.2015	Titel geändert	GS 2014/070
§ 6 Abs. 1	16.12.2014	01.01.2015	geändert	GS 2014/070
§ 6 Abs. 2	29.06.2010	01.01.2011	geändert	GS 30, 521
§ 6 Abs. 2	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 6 Abs. 3	29.06.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 30, 521
§ 6 Abs. 3	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 7 Abs. 1	29.06.2010	01.01.2011	geändert	GS 30, 521
§ 7 Abs. 2	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 7 Abs. 3	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 8a	29.06.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 30, 521
§ 9	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 10	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 11	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 12 Abs. 1	29.06.2010	01.01.2011	geändert	GS 30, 521
§ 12a	29.06.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 30, 521
§ 12b	29.06.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 30, 521
§ 12b	16.12.2014	01.01.2015	aufgehoben	GS 2014/070
§ 12c	29.06.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 30, 521
§ 12d	29.06.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 30, 521
§ 14a	29.06.2010	01.01.2011	eingefügt	GS 30, 521
§ 14b	16.12.2014	01.01.2015	eingefügt	GS 2014/070

